UNIVERSITY OF CALIFORNIA
AT LOS ANGELES
JUN 11 1936
LIBRARY

Vormittags-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro

(Als Manuskript gedruckt. Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936 | **Berlin, Freitag, 22. Mai** | **Nr. 665**

Die Walhalla bei Regensburg — ein deutscher Ehrentempel.

München, 22. Mai. In einem Aufsatz, in dem sich Ministerpräsident Siebert zunächst mit der Vorgeschichte der Walhalla als Ehrentempel für ausgezeichnete Männer befaßt, äußert er sich dahin, daß die Aufnahme von Büsten um die Nation besonders verdienter Deutscher heute nicht mehr der bayerischen Landesregierung zukomme. Sie könne nur noch dem Führer der Nation zustehen.

Siebert hat für die bayerische Landesregierung den Führer gebeten, daß er die Walhalla in seine Obhut nehmen und bestimmen möge, welche Büsten in Zukunft dort aufgestellt werden sollten. Der Führer hat diesem Antrag stattgegeben und zugleich einer Bitte der Internationalen Bruckner-Gesellschaft entsprochen, daß zur Ehrung Anton Bruckners an dessen 40. Todestag in diesem Jahr die Büste dieses neben Beethoven größten deutschen Symphonikers in der Walhalla zur Aufstellung kommt.

Rosenberg weiht die Kulturhalle in Hersfeld.

Bad Hersfeld, 21. Mai. In dem vor 1200 Jahre alten Hersfeld wurde am Donnerstag, nachdem eine Morgenfeier in der alten Stiftsruine von Fritzlichen Tag eröffnet hatte, eine große Kundgebung abgehalten.

Reichsleiter **Rosenberg** hielt dabei eine kulturpolitische Rede, in der er u. a. ausführte:

„Mehr als je ist man heute im deutschen Volke bemüht, die Schätze der Vergangenheit zu heben. Jedesmal, wenn ein Volk inmitten eines großen Schicksals stand, haben sich die Menschen nie damit begnügt, nur in der Gegenwart zu leben, sondern sie haben auch zurückgeschaut, um die Vergangenheit noch einmal zu erleben. Große Schöpfungen der Kunst sind niemals die Ergebnisse eines geruhsamen und satten Zeitalters gewesen, wie es die Zeit des Liberalismus war, sondern sind immer unter Blitz und Donner in der Weltgeschichte geboren worden.

„Wenn die Stadt Hersfeld ihr 1200jähriges Bestehen begeht, so ist das Anlaß für uns alle, über diese Zeit nachzudenken und uns die Geschichte der Vergangenheit vorzuführen. Es waren keine Barbaren, die in früherer Zeit die großen Bauten in Hersfeld, Quedlinburg und vielen anderen Stätten Deutschlands schufen. Die germanische Kraft, die damals durch Europa flutete, gestaltete eine Welt auf tausend Jahre.

„Eine große Zeit hat ein großes Volk und einen großen Führer gefunden. Von diesem Gesichtspunkt aus ist die Gegenwart eine gesegnete Stunde des deutschen Volkes, die wir nicht unengutzt vorüberstreichen lassen, sondern an deren Gestaltung wir mitarbeiten.

„Wenn eine übrige Welt es uns nicht gönnen will, daß wir zu uns selber heimgefunden haben, so sagen wir dieser, daß wir ihre Lebensform lassen und sie nicht zu beeinflussen gedenken. Aber die deutsche Lebensform würden wir gegen alle Angriffe verteidigen und schützen für alle Zukunft."

Um 18 Uhr 30 fand dann die feierliche Einweihung der Kulturhalle durch Reichsleiter Rosenberg statt. Nach der kurzen Ansprache des Reichsleiters und dem Gesang der Deutschen Lieder begann die Aufführung der Oper „Iphigenie auf Tauris" durch das Kasseler Staatstheater und schließlich der Vortrag des Wildenbruch'schen Hexenliedes in der Stiftsruine.

Kardinal Lepicier †.

Rom, 21. Mai. Am Donnerstag starb Kardinal Lepicier. Er war im Jahre 1863 von Papst Leo XIII. nach Rom an die Universität der Katholischen Mission berufen worden. 1927 wurde ihm die Kardinalswürde verliehen.

Die Unterhausaussprache über Englands Verteidigung.

London, 21. Mai. Im Unterhaus fand am Donnerstag die seit langem erwartete Aussprache über die Verteidigung statt.

Verteidigungsminister **Inskip** erklärte, er habe die Aufgaben seines neuen Amtes nicht darin gesehen, alles von Kopf bis Fuß zu reformieren, sondern habe sich darauf beschränkt, eine Zusammenstellung der Fragen zu machen, die reif für eine Nachprüfung seien und habe weiter eine gründlichere Untersuchung vorbereitet. Zwei dieser Fragen seien die „Schlachtschiff-Frage" und die „Frage der Marineluftwaffe". Beide Fragen würden eingehend untersucht. Dann würde die Frage der Lebensmittelversorgung im Kriege untersucht. Er hoffe, bald feststellen zu können, was für Probleme zu lösen sein werden. — Ueber die Arbeiten des Reichsverteidigungsausschusses könne er nicht viel sagen, weil die Beratungen und Entschlüsse vertraulicher Natur seien. Der Verteidigungsplan der Regierung habe zunächst einmal die Aufstellung der Luftwaffe und der Munitionsversorgung vor, die durch die Vermehrung in den letzten 4 bis 5 Jahren entstanden seien, um so eine Reserve zu schaffen. Man müsse die Produktion möglicherweise verzögern, und zwar so, daß ihr innerhalb 24 Stunden verdoppelt und verdreifacht werden könne. Man habe über 400 Firmen auf die Eignung für die Fabrikation von Kriegsmaterial geprüft und 500 weitere vorläufig überprüft. Er hoffe, in einigen Tagen so weit zu sein, die Aufträge für die erforderlichen Maschinenanlagen vergeben zu können.

Darauf behandelte Inskip die Luftaufrüstung, die bekanntlich verdreifacht werden solle. Man habe 1500 Piloten in einem Jahre eingestellt, habe die Zahl der Fliegerschulen vermehrt und die Zahl der Flugzeuge vergrößert; ferner habe man Schritte ergriffen, um die Zahl der Motorenfirmen festzulegen. Die Fabriken seien aufgefordert worden, neue Anlagen zu errichten oder ihre Anlagen auf Kosten der Regierung zu vergrößern. Die neuen Anlagen würden so angelegt, daß sie schnell vergrößert werden könnten. Besondere Maßnahmen für die Marine hätten sich hingegen nicht als notwendig erwiesen, da sich hier die Fabrikanlagen in befriedigendem Zustand befänden.

Der Oppositionsliberale **Sinclair** verlangte Aufklärung über die Pläne für die Organisierung der Armee; man könne unmöglich glauben, daß eine Armee, die den britischen Bedürfnissen entspreche, ohne allgemeine Wehrpflicht aufrechterhalten werden könne. Er erklärte sodann, die Liberalen seien bereit, die Regierung bei jeder Vergrößerung der Rüstungen, die nichtig seien, zu unterstützen. Die beste Form der nationalen Verteidigung bestehe jedoch nur in einer Politik, die am Völkerbund festhalte.

Der Führer der Arbeiteropposition, **Attlee**, erklärte, die Pläne der Regierung seien von keiner einheitlichen Idee geleitet; es fehle an der Zusammenfassung der drei Rüstungsprogramme der drei Verteidigungsministerien. Die Maßnahmen der Regierung, um das Profitmachen zu verhindern, seien unzureichend. Die Arbeiteropposition werde sich gegen die Regierung aussprechen, nicht weil sie gegen eine ausreichende Versorgung mit Verteidigungsmitteln sei, sondern weil die Unzulänglichkeit der Regierung in der Frage der kollektiven Sicherheit ebenso groß wie ihre Außenpolitik unzureichend sei.

Hierauf ergriff Winston **Churchill** das Wort. Er erklärte, Inskip habe eine bedauernswerte Erbschaft angetreten. Niemand, der von ihm gehört werden wolle, würde ein Amt wie das Inskips geschaffen haben. Vor allem müsse das Munitionsamt abgetrennt werden. Er schilderte hierauf die verschiedenartigen Fragen, die Inskip gleichzeitig zu lösen habe, um darzulegen, daß die Unzulänglichkeit des Verteidigungsministeriums falsch wäre. Es sei seine Rede davon, daß die internationale Lage sich bessern würde. Die Wiederaufrüstung nehme in ungeheurem Umfange zu. Es gäbe nichts, womit man die Verzögerung der Schaffung des Munitionsministeriums rechtfertigen könne. Es sei unverständlich, daß die Regierung in dieser Frage zögere. Man hätte schon vor zwei Jahren die entsprechenden Maßnahmen ergreifen müssen. Wenn Großbritannien stark genug gewesen wäre, würde es die Ereignisse gemeistert haben, die sich in der Welt abgespielt hätten.

Der Abgeordnete **Mander** (Oppositionsliberal) verlangte hierauf, daß die Regierung militärische Sanktionen ergreifen solle. Der einzige Weg, um die Anwendung der Waffen zu verhindern, sei der, daß man erkläre, daß man von ihnen im Namen der kollektiven Sicherheit Gebrauch machen wolle. Die Regierung habe durch ihre verhängnisvolle unzureichende Politik der Nichtanwendung militärischer Sanktionen es dem Angreifer gestattet, seinen Willen durchzusetzen. Das habe zur Folge gehabt, daß Großbritannien beinahe als eine zweitklassige Macht angesehen werde.

Im weiteren Verlauf der Aussprache rief ein scharfer Angriff des nationalen Abgeordneten **Hopkinson** gegen Winston Churchill lebhaftes Aufsehen hervor. Hopkinson stellte sich auf den Standpunkt, daß die feindseligen Behauptungen Churchills über Deutschland und die deutsche Wiederaufrüstung auf Hörensagen beruhten und lediglich als taktisches Manöver zu werten seien, um die Stellung Baldwins zu schwächen. Churchills Auffassung sei vollkommen vorurteilslos, und seine Rede habe wie eine Ansprache aus alten Zeiten geklungen. Im einzelnen sagte Hopkinson, Churchill habe immer wieder geschildert, was in Deutschland vor sich gehe. Er solle aber doch einmal verraten, woher die mitgeteilten Einzelheiten müsse, ob er eine zuverlässige Informationsquelle habe oder ob er die Dinge lediglich errate und aus der Luft greife. Wenn dem so sei, dann seien Churchills Reden nichts als Narrenfutter. Er fordere Churchill heraus, ihm Antwort zu geben.

An dieser Stelle erhob sich **Churchill** und erwiderte, er halte es nicht für seine Pflicht, die Regierung zu warnen. Viele seiner Informationen seien in England erhältlich. Außerdem habe er sich bemüht, Informationen von verschiedenen Quellen aufzutreiben. Es treffe zu, daß ihm Tatsachen von briefschreibenden Leuten mitgeteilt worden seien und daß er dann sein eigenes Urteil darauf angewendet habe.

Hopkinson erwiderte hierauf, aus den Aeußerungen Churchills gehe also hervor, daß er seine „Mitteilungen" tatsächlich erraten habe.

Der oppositionelle Arbeiter-Abgeordnete, Kapitänleutnant **Fletcher**, meinte, die Stellung Englands im Mittelmeer, in Afrika und in Mittelasien sei durch die neue Machtpolitik Italiens gefährdet. Man müsse jetzt mit einem feindseligen Italien rechnen, das Luft- und U-Boot-Stützpunkte in Sizilien, Sardinien und auf dem Dodekanes besitze.

Der konservative Abgeordnete Hauptmann **Macnamara** erklärte, daß die englische Jugend sich ein Vorbild an der nationalsozialistischen Bewegung nehmen könne. Es würde der englischen Jugend nichts schaden, etwas von der Vaterlandsliebe zu besitzen, die man im Auslande sehe.

Der Sohn Lloyd Georges, Major **Lloyd George** (oppositionsliberal), erklärte unter dem Beifall der Abgeordneten, die Jugend Englands wünsche keinen neuen Streit mit Deutschland. Das sei u. a. deshalb der Fall, weil die englische Jugend glaube, daß die französische Staatskunst in ihrer Auslegung der Völkerbundsverpflichtungen nicht das gewesen sei, was sie hätte sein sollen.

Die Aussprache wurde durch den Verteidigungsminister Sir **Thomas Inskip** abgeschlossen. Er ging zunächst auf die Anfragen Churchills über eine englische Expeditionsstreitkraft, die Mittelmeerverpflichtungen und die Möglichkeiten einer feindlichen Invasion durch Flugzeuge ein. Was den letzten Punkt betreffe, dem Churchill Bedeutung beimesse, so wolle er sich mit den militärischen Sachverständigen beraten. Alle von Churchill aufgeworfenen Fragen seien im übrigen bereits sorgfältig erwogen worden. Man habe ihm ferner aufgefordert, über Deutschland, über Europa, den Fernen und den Nahen Osten zu berichten. Ob man denn wirklich von ihm erwarte, daß er sich einen Konflikt an allen diesen verschiedenen Plätzen vorstelle und dem Hause mitteile, welche Maßnahmen die Regierung in derartig vermuteten Fällen treffen würde? Man könne nicht von ihm verlangen, daß er auf der Landkarte der Welt herumspaziere und alle verschiedenen Kombinationen erwägen solle, die möglicherweise eintreten könnten. Ferner habe man ihn über das Problem der kollektiven Sicherheit befragt. Wenn England vor drei Jahren einer solchen Forderung stattgegeben hätte, dann wäre doch wahrscheinlich auch Italien in das System der Sicherheitskombinationen eingetreten. Man müsse sich fragen, welchen Wert derartige Berechnungen einer kollektiven Sicherheit im Lichte der neuesten Ereignisse gehabt hätten, in denen Italien nicht als ein Unterstützer der Sicherheit, sondern als Angreifer aufgetreten sei. Abschließend versprach der Verteidigungsminister, den Vorschlag Churchills zu erwägen, ein Munitionsministerium zu schaffen. Gegenwärtig habe die Regierung jedoch entschieden, daß die Zeit für die Wiederbelebung eines Munitionsministeriums mit den von Churchill angeregten Vollmachten noch nicht gekommen sei.

Das Haus stimmte hierauf zur Abstimmung und lehnte den Vertrauensantrag der liberalen Opposition mit 270 gegen 115 Stimmen ab.

Oberhausdebatte über den Völkerbund.

London, 21. Mai. Im Oberhaus brachte am Donnerstag Lord Davies (liberal) den Antrag ein, daß die Regierung angesichts des Fehlschlages des Völkerbundes den französischen Friedensplan annehmen und zur Grundlage ihrer Außenpolitik machen soll. Er wandte sich hierauf gegen die geplante Schaffung von Regionalpakten, die im deutschen Friedensplan vorgesehen sind, und verlangte, daß die britische Regierung eigene Vorschläge einbringe.

Lord **Arnold** (Oppositions-Labour) erklärte, daß Davies der einzige Mann im Lande sei, der glaube, daß der französische Plan die Aussichten für eine Sicherung des europäischen Friedens auf einer bestimmten und dauerhaften Grundlage abgebe. Der französische Plan sei nichts anderes als ein Versuch, die Uebel und Ungerechtigkeiten des Versailler Vertrages fortzusetzen. Frankreich ziehe den Status quo jeder europäischen Regelung vor. Es behaupte, daß die Vertragstreue die Grundlage der französischen Politik sei. Eine solche Behauptung könne im schärfsten Widerspruch zu dem, was Frankreich in den letzten 20 Jahren, insbesondere Deutschland, gegenüber getan habe.

Man brauche z. B. nur an die Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages und den Ruhreinfall zu denken. Der französische Plan wolle Deutschland in einem Netzwerk von Pakten und Bündnissen einkreisen. Kein Anhänger der Regierung sei bereit, für Frankreichs Ostpakte zu kämpfen. Der bloße Gedanke, daß man für Rußland in den Krieg ziehen solle, erregte bei den Konservativen helle Empörung.

Eine englisch-deutsche Verständigung werde hingegen von der großen Masse des englischen Volkes gewünscht. Man könne sie morgen herbeiführen, wenn nur Frankreich das nicht verhindere.

Auch Lord **Buckmaster** (Labour Party) verteidigte den Völkerbund. Nicht der Völkerbund sei gescheitert, sondern die Staatsmänner, die ihn benutzt hätten.

Lord **Allen of Hurtwood** (Nationale Labour Party) verteidigte den Völkerbund. Nicht der Völkerbund sei gescheitert, sondern die Staatsmänner, die ihn benutzt hätten.

Lord Noel **Buxton** (Labour Party) erklärte, die Arbeiterpartei sei der Ansicht, daß der Völkerbund keineswegs gescheitert sei.

Für die Regierung erklärte Lord **Stanhope**, man müsse abwarten, was für Erklärungen die künftige französische Regierung tatsächlich abgeben werde. Einige der französischen Vorschläge würden von der englischen Regierung wärmstens unterstützt. Der Vorschlag einer internationalen Polizeistreitkraft sei aber hoffnungslos unpraktisch. Zu Lord Arnold gewandt, erklärte er, er bedauere es, daß dieser sich so feindlich gegen Frankreich ausgesprochen habe. Man sollte Frankreich nicht kritisieren, sondern lieber die gemeinsame Linie herausarbeiten. Es gebe im übrigen keine Wahl als die zwischen dem Völkerbund und einer Lage, die der von 1914 ähnele.

Der abessinische Zusammenbruch sei für viele unerwartet gekommen. Man könne nicht behaupten, daß die Aktion des Völkerbundes den erwarteten Erfolg gehabt habe. Die Angelegenheit sei aber noch nicht abgeschlossen. Man könne daher noch keine endgültige Entscheidung über sie fällen. Man könne jedenfalls noch nicht sagen, daß die Völkerbundssatzung fehlerhaft sei. Die Regierung sei bemüht, ein Uebereinkommen zwischen Deutschland und Frankreich herbeizuführen. Der Anregung Lord Davies könne er jedoch nicht zustimmen.

Beweisaufnahme über Versicherungsskandal abgeschlossen.

London, 20. Mai. Der richterliche Ausschuß zur Untersuchung des Versicherungsskandals schloß am Mittwoch nach achttägiger Verhandlungsdauer die Beweisaufnahme, nachdem vorher noch den Anwälten des Kolonialministers Thomas und des Unterhausabgeordneten Sir Alfred Butt sowie anderer in die Angelegenheit verwickelter Persönlichkeiten Gelegenheit gegeben worden war, im Sinne ihrer Auftraggeber zu plädieren. Die Reden der Verteidiger liefen, soweit es sich um die Versicherungsnehmer handelte, durchweg darauf hinaus, daß in der Oeffentlichkeit allgemein eine Steuererhöhung erwartet worden sei.

Der Untersuchungsausschuß wird nunmehr in nichtöffentlichen Sitzungen von der Regierung den von ihm angeforderten Bericht abfassen, dessen Veröffentlichung die englische Oeffentlichkeit mit größter Spannung entgegensieht.

Vizekönig Badoglio nach Asmara abgeflogen.

Addis Abeba, 22. Mai. Vizekönig Marschall Badoglio ist mit seinem Gefolge am Donnerstag früh nach Asmara abgeflogen. Er wird sich in den nächsten Tagen in Massaua nach Italien einschiffen. In Begleitung Badoglios befindet sich auch der neue Gouverneur von Addis Abeba, Bottai.

Arabische Erbitterung über den Konkurrenzhafen Tel Aviv.

Jerusalem, 21. Mai. Am Donnerstag machte sich in der arabischen Bevölkerung der Stadt Jaffa neuerdings eine steigende Erregung über den jüdischen Konkurrenzhafen Tel Aviv bemerkbar. Es kam zu heftigen innerpolitischen Auseinandersetzungen, die vielleicht zum Ausgangspunkt einer Spaltung in der arabischen Streitfront werden können, unter Umständen aber auch zu neuen Unruhen und Maßnahmen gegen die jüdische Bevölkerung und die Mandatsregierung führen.

Eine Entschließung des japanischen Reichstages.

Tokio, 21. Mai. Der japanische Reichstag billigte mit allen gegen eine Stimme eine Entschließung der größten Partei Minseito, in der der Ministerpräsident aufgefordert wird, entsprechend dem Erlaß des Kaisers bei der Eröffnung des Reichstages alle Kräfte des Landes für eine Erneuerung des Staates auf allen Gebieten zu mobilisieren. Der Reichstag werde mit dem Kabinett zusammenarbeiten, falls das Kabinett eine aktive Erneuerungspolitik treibe. Andernfalls handele das Kabinett dem Wunsch des Kaisers und der Entschließung der Parteien, die den Volkswillen ausdrücken, zuwider und lade sich ernste Verantwortung auf.

Der Ministerpräsident betonte kurz, daß das Kabinett mit den Parteien übereinstimme und gemeinsam mit dem Reichstag an der Erneuerung arbeiten werde. Der bisherige Abgeordnete Koyama, ein früherer Handelskapitän, der die Entschließung ablehnte, wirft der Regierung und den Parteien mangelnde Fürsorge für die Bauern und Arbeiter vor und bezweifelt die Zulässigkeit der Minkeiten, deren Präsident Machida als Handelsminister im früheren Okada-Kabinett für die Unruhen im Lande mitverantwortlich sei.

Verantwortlich: Kurt Schwarzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.